Der Sarrazin der Bündnisgrünen

Parteiausschluss: „Überdruss an Palmer“ und „Habeck will nicht der Vermittler sein“, FR-Politik vom 10. und 11. Mai

Wofür soll Boris Palmer sich entschuldigen?

Boris Palmer von den Grünen ist einer der wenigen Politiker, der die Dinge beim Namen nennt. Vielleicht diesmal mit einer zu heftigen Wortwahl; aber gesagt ist gesagt, und auch das ist Meinungsfreiheit. Nur so wird eine Debatte über das Thema „cancel culture“ angetriggert, was dringend notwendig ist. Es nützt nichts, die Decke der Besänftigung über den Vorgang auszulegen, denn die heutige „cancel culture“ ist unerträglich und mittlerweile gesellschaftszersetzend.

Unserem gesellschaftlichen Miteinander würde es gut tun, wenn nicht zuerst der Empörungsmob entfesselt, sondern erst einmal nachgefragt würde: Wie war das gemeint? Konkret im Fall Boris Palmer weiß ich nicht so recht, wofür er sich entschuldigen soll. Dafür, dass Viele seine Ironie nicht begreifen? Ist das sein Fehler?

Die Partei sollte liberaler werden. Verbote und Strafen bis hin zum Parteiausschluss sind nicht der richtige Weg. Gespräch mit Konzilianz, liebe Kanzlerkandidatin, das wäre doch mal ein Ansatz.

Viola Schneider, Kassel

Der Ausschuss ist längst überfällig

Was der SPD ihr Thilo Sarrazin, ist den Bündnisgrünen ihr Boris Palmer. Ja, es ist zu befürchten, dass er nach der für ihn zu Ende gehenden Zeit bei den Grünen zu den intoleranten Hetzern gehören wird, die mit rassistischen Vorurteilen Stimmung machen gegen People of Color und andere Minderheiten. Genau wie Sarrazin die Prinzipien der Sozialdemokratie mit Füßen getreten hat, treibt es Palmer mit den Grundwerten der Bündnisgrünen.

Natürlich wird Palmer hetzen wie etwa Sahra Wagenknecht bei den Linken gegen die „Lifestyle-Linken“ und versuchen, ein bestimmtes Wählerreservoir der Grünen auf seine Seite zu ziehen, was ihm aber nichts mehr nutzen wird, weil er aus der Partei geworfen wird. Es ist wichtig und richtig, dass Leute wie er ganz weit rechts verortet werden und deshalb aus Parteien mit demokratischen und antirassistischen Werten ausgeschlossen werden. Jedenfalls ist Boris Palmer eine Zumutung für das Werteempfinden von aufrechten Demokratinnen und Demokraten und sein Ausschluss aus den Grünen längst überfällig.

Manfred Kirsch, Neuwied

Es gibt weitere prinzipienlose Grüne

Sicherlich wäre bei den öffentlichen Äußerungen von Boris Palmer weniger mehr gewesen. Sollte er jetzt deswegen bei den Grünen ausgeschlossen werden, bin ich der Meinung, dass dies in Hessen bei den Herren Al-Wazir und Klose sowie Frau Hinz ebenfalls angebracht ist. 2018 haben diese Personen maßgeblich dazu beigetragen, den Weiterbau der Autobahnen A49, A44 und den Riederwaldtunnel im Osten von Frankfurt im Koalitionsvertrag mit der CDU „festzuzurren“. Da waren vermutlich Ministerposten in Hessen wichtiger als das Verantwortungsgefühl gegenüber unseren Lebensgrundlagen.

Von Boris Palmer ist mir persönlich jedenfalls keine solche Prinzipienlosigkeit wider unsere Natur und Umwelt bekannt.

. Wulfhard Bäumlein, Bad Vilbel

Auch ich habe „etwas Schwierigkeiten“

Mit der Meinung des zitierten Parteirechtsexperten Martin Morlok „habe ich etwas Schwierigkeiten“, so wie dieser mit dem Ausschlussverfahren gegen Palmer: Voraussetzung dafür „müsse ein Verhalten sein, das sich klar gegen die Partei richte“.

Ich finde es gerade erfreulich, dass für die Grünen „ein Verhalten, das sich klar gegen“ Menschen anderer Rasse, Hautfarbe oder Religion richtet, verwerflicher ist als ein Verhalten, das sich nur gegen die eigene Partei richtet.

Horst Heimann, Dortmund

Diskussion: frblog.de/palmer

Eine vage Vorstellung von einem Gesetz

Digitaler Impfpass, Corona-Lockerungen: Erwiderungen auf „Normalität und Freiheit für alle!“ , FR-Forum vom 5. Mai

Spahn sollte seinen Vorstoß sofort zurückziehen

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat sinngemäß vorgeschlagen, den Abstand der Astrazeneca-Zweitimpfung auf unter zwölf Wochen zu reduzieren, damit mehr Leute als vollständig Geimpfte in den Urlaub können. Einwände von Medizinern im Blick auf die reduzierte Wirksamkeit des Impfstoffs als Konsequenz der Fristverkürzung wurden bereits vorgebracht. Das sollte Herrn Spahn veranlassen, seinen Vorstoß sofort zurückzuziehen.

Es ist für die Bevölkerung – auch als Steuerzahlenden – völlig unverständlich, warum ein Bundesminister einerseits die Einwohner auffordert, noch einige Wochen Einschränkungen zu ertragen, damit die Impfungen ihre volle Wirkung in der Breite der Bevölkerung erzielen, und andererseits die Wirkung gerade dieser Impfungen – der einzigen Waffe gegen das Virus und außerdem mit Steuergeldern finanziert – durch wissenschaftlich nicht begründete Fristverkürzungen im vollen Bewusstsein der Konsequenzen dieser Handlung zu schwächen. Mit solchen Stellungnahmen wird das Vertrauen in die Impfungen untergraben. Gehen Herrn Spahn die Lobbyinteressen der Tourismuswirtschaft vor der Gesundheit der Allgemeinheit?

Die Sicherstellung des Sommerurlaubs in ganz Europa scheint im Übrigen trotz der Pandemie eher eine Obsession der Regierung zu sein, die nicht in der Lage ist, auch in diesem Punkt Klartext zu reden. Der Ausweis für Geimpfte und Genesene ist im Moment nur eine vage Vorstellung und keine Gesetzesinitiative, von der man annehmen kann, dass sie bis zum 1.7. tatsächlich durch alle Instanzen in Deutschland und in der EU gegangen ist.

Was die Durchführung digitaler Lösungen im Gesundheitswesen anbelangt, denke ich nur an die seit über zehn Jahren geplante, aber noch nicht mal ansatzweise zur Praxistauglichkeit geführte Gesundheitskarte. Ob ein solcher Ausweis dann auch europaweit gilt, kann niemand verbindlich sagen, da der Gesundheitsschutz und auch die daraus resultierenden Einreisebeschränkungen in die Zuständigkeit der einzelnen Länder der EU fallen.

Das im Moment denkbare Szenario sind Auslandsaufenthalte mit Tests vor der Einreise und Bewegungsfreiheit vorwiegend in Touristenghettos mit reduziertem Kontakt zur Bevölkerung je nach aktueller Inzidenz im jeweiligen Land. Ob der Urlauber das tatsächlich als Urlaub empfindet, muss jeder selbst entscheiden.

Volker Harms-Ziegler, Frankfurt

Es gibt immer noch viele Infizierte und Todesopfer

Noch sind die Inzidenzen in den acht bevölkerungsstärksten Bundesländern über 100, aber schon gibt die Politik opportunistisch dem Drängen der Interessengruppen nach und veranstaltet einen Öffnungswettbewerb, der wieder einmal zu einem unübersichtlichen Labyrinth führt. Dass Wissenschaft und der kleine Teil verantwortungsvoller Politiker vor nicht langer Zeit eine Inzidenz von 35 als Voraussetzung lückenloser Infektionsverfolgung benannten, ist wohl nicht mehr als Schnee von gestern. Auch wenn die Zahlen runtergehen, gibt es heute noch eine Viertelmillion offiziell positiv getesteter Menschen. Dass die alle in Quarantäne sind, sei dahingestellt. Vor ein paar Tagen beweinte Herr Steinmeier 80 000 Tote. Inzwischen sind es schon wieder über 5000 mehr. Trotz Lockdown, nächtlicher Ausgangsbeschränkungen und Bundesnotbremse.

Peter Dressler, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/genesimpfte

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

WÄHLEN 2021
WIR KÖNNEN AUCH ANDERS
FR.DE/BUNDESTAGSWAHL

FR-WAHLFORUM

Ihr Wunsch zur Wahl

Am 26.9. ist Bundestagswahl. Was wünschen Sie sich von der nächsten Regierung? Was sollte sie als erstes tun?

Bitte schicken Sie uns **maximal drei Sätze**, die Ihren Vorschlag knapp skizzieren, an: **bundestagswahl21@fr.de**. Oder posten Sie unter **www.frblog.de/btw-21**

Eine Auswahl werden wir im Rahmen der Serie „Wir können auch anders“ vor der Wahl veröffentlichen.

FR ERLEBEN

Jens Joachim moderiert eine Gesprächsrunde zum Motto des 3. Ökumenischen Kirchentags „Hinschauen – aufeinander hören – Zusammenhalt stärken“ im Rahmen eines Gottesdienstes in der evangelischen Stadtkirche Darmstadt. Mit Dekanin Ulrike Schmidt-Hesse, Jochen Partsch (Grüne, OB Darmstadt) und Wolfgang Koehler sen. (Heinerfest-Präsident).
Samstag, 15. Mai, 17 Uhr
youtube.com/channel/UC11gX-ngPVLHRe15Gi_-cBg

Thomas Kaspar diskutiert auf dem Podium mit Olaf Scholz, dem Kanzlerkandidaten der SPD. FR-Leserinnen und -Leser sind eingeladen, via Stream Fragen an Scholz zu richten. Sie werden zugeschaltet. Bitte bewerben Sie sich bis zum 18.5., 12 Uhr, per Mail an chefredaktion@fr.de.
Mittwoch, 19. Mai, 19 Uhr

Warten auf die Ungeimpften

Ende des Lockdown: „Gerecht, nicht gleich“, FR-Meinung vom 4. Mai

„Gerechtigkeit bedeutet nicht Gleichheit“. Aha. Was ist gerecht dann? Jeder so viel, so schnell, so weit er kann? Hauptsache es ist erlaubt? Das wird unsere Gesellschaft weiter spalten.

Es muss nicht alles getan werden, was erlaubt ist. Man kann auch aus Solidarität auf etwas verzichten. Es hilft Grundschüler:innen nicht, ihre coronabedingten Lerndefizite aufzuholen, wenn die geimpfte Großmutter sich nicht zum Kaffeeklatsch mit ihren Freundinnen treffen darf? Ja, es hilft ihnen nicht, aber sie könnten die Erfahrung von Solidarität machen, wenn die Großmutter darauf verzichtet, d.h. wenn eine (ohne eigenen Verdienst) privilegierte Gruppe, die Geimpften, auf eine benachteiligte Gruppe, die noch nicht Geimpften, wartet. Diese Erfahrung könnte auch die im Artikel erwähnte Teenagerin machen, wenn der „rüstige Rentner von nebenan“ eben nicht gleich in Urlaub fährt.

Zynisch ist der Passus: „Aber niemand hat sich sein Geburtsjahr ausgesucht und jede Generation muss ihre Herausforderungen bewältigen.“ Na, dann stoße ich doch mal mit einem Gläschen Schampus mit meiner Seniorenguppe auf die Gnade der frühen Geburt an!

Elvira Bühne, Linden

Diskussion: frblog.de/genesimpfte

Polizeiliche Prügelorgie

Erster-Mai-Demo Frankfurt: „Polizei muss antworten“, FR-Regional v. 3.5.

Die sogenannte revolutionäre 1.Mai-Demo wartete bis zur Mainzer Landstraße überwiegend mit Nebeltöpfen auf, was die Polizei aus ihrer Sicht wohl noch als Folklore durchgehen ließ, wie ein Einsatzleiter über Funk anmerkte. Das bekam ich als Radfahrer zufällig mit. Dies änderte sich in der Frankenallee. Dort warteten zusätzliche Polizeieinheiten auf die Demo, wie ich sah. Angekommen beim Saalbau Gallus, stiegen aus der Demo Leuchtkugeln gen Himmel. Schwacher Effekt, da noch hell. Dies war für die Bereitschaftspolizei der anscheinend scheinbar erwartete Anlass, in die Demo zu prügeln. Ddie Prügelorgien der Polizei waren völlig unverhältnismäßig und wohl gewollt eskalierend. Unschöne Gewaltszenen und Schwerverletzte waren die Folge, dokumentiert auf vielen Videos. Darauf wird die Polizei keine vernünftigen Antworten geben können, sondern nur Ausreden.

Der am Ende der Demo von einer Gruppe mit wenigen Palästina-Fahnen gerufene Anti-Israel-Slogan („From the river to the sea – Palestine will be free!“) waren für Polizei und Demoleitung wohl nebensächlich.

Matthias Schäfer, Frankfurt